

Eckhard Uhlenberg
Minister für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Pressekonferenz: Auswirkungen der Schweinepest in NRW

Ich habe heute morgen ein intensives Gespräch mit den Vertretern der Landwirtschaftsverbände, der Erzeugergemeinschaften und der Fleisch verarbeitenden Industrie in Nordrhein-Westfalen geführt, um über die Auswirkungen der Schweinepest sowie der von der Europäischen Kommission verhängten Maßnahmen zu beraten. Die etwa 30 Repräsentanten der betroffenen Verbände haben die Gelegenheit genutzt, über die Sorgen und Nöte ihrer Mitgliedsunternehmen zu berichten. Die Verbände haben die heutige Möglichkeit zum Gedankenaustausch und zur Abstimmung der weiteren Schritte sehr begrüßt und deutlich gemacht, dass sie mit dem Einsatz der Landesregierung zur Bekämpfung der Schweinepest vollauf zufrieden sind.

Ich habe die Verbandsvertreter über die aktuelle Lage beim Seuchengeschehen informiert. Wir mussten seit Auftreten der Schweinepest im Kreis Recklinghausen Anfang März dort sowie im benachbarten Kreis Borken bisher insgesamt etwa 30.000 Schweine töten. Darin eingeschlossen sind neun Betriebe, die einen Kontakt zu dem zuletzt bekannt gewordenen Fall in Raesfeld im Kreis Borken hatten. Bis Anfang nächster Woche werden wir mit einem wahren Kraftakt der Veterinärbehörden noch einmal 20.000 Blutproben in der Pufferzone untersuchen, um auch gegenüber der Europäischen Kommission deutlich zu machen, dass wir alles getan haben und tun, um diese Tierseuche einzugrenzen. Seit gut einer Woche hat es auch keinen weiteren Schweinepestfall mehr gegeben.

Die von der EU-Kommission verhängten Maßnahmen mit einem völligen Transport- und Schlachtverbot für nordrhein-westfälische Schweine sind die restriktivsten Maßnahmen, die jemals bei einem solchen Ereignis verhängt worden sind. Ich halte an meiner Einschätzung fest und bin heute durch das Gespräch mit den betroffenen Verbänden darin unterstützt worden, dass diese Maßnahmen überzogen sind. Am nächsten Dienstag tagt in Brüssel erneut der Ständige Veterinärausschuss der EU-Kommission. Ich hoffe, dass bei dieser Gelegenheit die Maßnahmen überprüft und zum Teil gelockert werden. Um unseren Standpunkt deutlich zu machen sowie über die Maßnahmen zu berichten, die von der Landesregierung ergriffen wurden und die von Anfang an über das hinaus gingen, was die EU vorschreibt, werde ich am Montag nach Brüssel fahren und mit dem Generaldirektor des EU-Verbraucherschutzkommissars zu reden.

Das drängendste Problem haben wir derzeit bei etwa 4.000 Ferkeln in den Restriktionsgebieten, die schon aus Gründen des Tierschutzes unbedingt von den Höfen müssen, weil sie zu groß werden und der Platz für sie nicht vorhanden ist. Mein Ministerium wird jetzt unmittelbar 150.000 Euro bereitstellen, um diese Ferkel herauskaufen und töten zu können. Die Mittel werden von der Tierseuchenkasse ausgezahlt.

Um möglichst bald mit weiteren Marktstützungskäufen für Mastschweine und überschwere Ferkel in den Restriktionsgebieten beginnen zu können, wird auf unsere Bitte hin und auf der Grundlage von uns zusammengestellter Daten die Bundesregierung Anfang nächster Woche einen entsprechenden Antrag nach Brüssel schicken. Wir werden uns bemühen, die behördlich üblichen 20 Tagen, die ein solcher Antrag zur Bearbeitung braucht, deutlich zu verkürzen. Spätestens nach Ostern muss mit den Stützungskäufen begonnen werden.

Große Probleme bereiten darüber hinaus die Transportverbote insbesondere für Ferkel. Auch hier will ich deutlich machen, dass wir bald Zustände haben werden, die mit dem Gedanken des Tierschutzes nicht mehr in Übereinstimmung gebracht werden können. Auch dies sollte die EU-Kommission bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Die von der EU vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen für Viehtransporter führt dazu, dass die Lkw nach jeder Benutzung drei Tage still stehen

müssen. Dies führt zu ganz erheblichen Logistik-Problemen und zu einer Gefahr, dass hier ganze Märkte lahm gelegt werden.

Wir stehen vor einer ernsten Lage. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen setzt sich weiter mit Nachdruck dafür ein, dass den vielen tausend unverschuldet in Not geratenen Betrieben bzw. den Betrieben, die schon sehr bald in Not geraten könnten, rasch und wirksam geholfen wird, auch um den Verlust einer Vielzahl von Arbeitsplätzen abzuwenden.. Ich bin dankbar für die Unterstützung, die ich heute erfahren habe. Mein Dank gilt den Verbänden und ihren Mitgliedsunternehmen, die mit viel Improvisationstalent versuchen, ihre Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten, die die zum Teil harten Maßnahmen in die Tat umsetzen.